

1 Zukunftsfähig durch Bildung Eine Aufforderung zum Umdenken

Die Welt der Zukunft ist eine Welt des Lernens – inmitten sich ständig verändernder Wirklichkeiten. Eine lernende Gesellschaft ist darauf angewiesen, dass ihre Bürger wie ihre Institutionen willens und im Stande sind, ihr Wissen und ihre Fähigkeiten neuen Aufgaben anzupassen und ständig weiterzuentwickeln, um dem Wandel gewachsen zu sein. Ihr entscheidender »Nachhaltigkeitsfaktor« – wirtschaftlich, kulturell, sozial und politisch – heißt lebenslanges Lernen.

Die Vorstellung, mit dem einmal Erworbenen über lange Zeiträume wirtschaften zu können, wäre angesichts des Tempos, mit dem sich Arbeits- und Lebenswelten heute verändern, nur noch töricht zu nennen. Keiner kann mehr damit rechnen, den einmal erlernten Beruf sein Leben lang auszuüben. Lebensmuster mit absehbaren Sequenzen, in denen man in jungen Jahren eine Lehre machte oder ein Studium absolvierte, dann einen dauerhaften Arbeitsplatz fand und später eine Familie gründete, die Jahrzehnte lang für breite Bevölkerungskreise die bundesrepublikanische Normalität ausmachten, schwinden. Selbst in unseren fragiler werdenden Sozialstrukturen, die sich auf keine festen Normen und Rollenvorgaben mehr berufen können, verlangt uns das Mehr an Freiheiten zugleich Kompetenzen ab, mit denen wir tragfähige Beziehungen – öffentlich, am Arbeitsplatz und privat – aufbauen können. Die einen schätzen die »Großbaustelle« Leben als Freiheitsgewinn, andere drohen an der Selbstverantwortung, die ihnen damit auferlegt wird, zu zerbrechen.

Das einzige vermehrungsfähige Vermögen, über das wir verfügen, um dieser Herausforderung gewachsen zu sein, und im Umgang damit herkunftsbedingte Nachteile auszugleichen, ist Bildung. An ihr entscheidet sich, ob wir die Zukunft meistern werden. Ihre Aufgabe besteht darin, Menschen darauf vorzubereiten, ihr eigenes Leben selbstbestimmt zu führen und verantwortlich an der Gestaltung der Gesellschaft teilzunehmen.

Bildung aber kann der Einzelne sich nur selbst aneignen, nicht weil ein anderer es will. Die Institutionen unseres Bildungssystems können ihn auf diesem Weg begleiten, ihn unterstützen und ihm beibringen, auf Veränderungen nicht abwehrend und mit Verweigerung zu reagieren, sondern auf sie Einfluss zu nehmen, ihnen eine Richtung zu geben. Das verlangt ein komplexes Ensemble an Fähigkeiten, die wir im Zusammenspiel mit anderen »orchestrieren« und ständig erweitern müssen. Ohne lebenslanges Lernen – der Kern von Bildung – ist das nicht möglich; erst damit werden wir zu fortlaufender Grenzüberschreitung des Erreichten fähig.

Im Wettbewerb

Der Horizont, an dem sich Gelingen oder Scheitern bemisst, ist allerdings in den letzten Jahrzehnten sehr viel weiter geworden – sowohl für den Einzelnen wie für die Gesellschaft. Beide stehen, ob sie es wollen oder nicht, in einer global vernetzten Welt immer im Wettbewerb mit anderen. Nahezu jede digitalisierbare Arbeit kann heute überall auf der Welt in Auftrag gegeben, Produktions- und Serviceleistung können dorthin verlagert werden, wo sie billiger zu beziehen sind. Noch sind Länder wie China, Indien und andere vornehmlich Konkurrenten für die Geringqualifizierten bei uns; alle Zeichen aber – ihr offensives Werben um vielversprechende Nachwuchswis-

senschaftler, ihr beschleunigter Ausbau von urbanen Wissenszentren – deuten darauf hin, dass sie schon morgen bei den Spitzenqualifikationen gegen die westlichen Industriestaaten antreten werden. Wer unzureichend in Bildung investiert, wird dieses Versäumnis nicht nur mit einer Randlage in der neuen Weltkarte der Bildungsgeografie, sondern auch mit sinkender Lebensqualität und einem erodierenden Sozialstaat bezahlen, besonders angesichts steigender Eigenverantwortung auch für die soziale Absicherung. Länder wie die europäischen müssen das kleiner werdende Zeitfenster dafür nutzen, ihren noch vorhandenen Bildungsvorsprung zu erhalten und möglichst weiter auszubauen, auch um auf den demographischen Wandel – sinkende Geburtszahlen, steigende Lebenserwartung – mit erhöhter Produktivität und Wertschöpfung antworten zu können.

Die von dem Theologen Georg Picht in den 1960er Jahren angestoßene Bildungsexpansion, die den erforderlichen Anschluss an die »wissenschaftliche Zivilisation« suchte, um im Bildungsniveau nicht »hinter den Standards des 20. Jahrhunderts« zurückzubleiben, hat zu einem Modernisierungsschub und zu einer deutlichen Steigerung der Bildungsbeziehung auf höherem Niveau geführt – sie zeitigte mehr Schulabschlüsse, mehr Abiturienten, mehr Studierende. Das sicherte Produktivität, Arbeitsplätze, einen wachsenden Lebensstandard und das hohe Niveau eines sozial gerechten Wohlfahrtsstaats.

Aber gerade die Bundesrepublik ist auf diesem Weg im OECD-Vergleich Ende des vergangenen Jahrhunderts ins Stocken geraten. Trotz großer Anstrengungen der letzten Jahre schneiden wir in den meisten relevanten Kennzahlen noch immer unterdurchschnittlich ab. Wir haben zu viele Schulabbrecher, zu viele Sitzenbleiber, zu viele Studienabbrecher und zu wenig gut ausgebildete Akademiker. Das behindert nicht nur die wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit. Es zeigt auch, dass es uns noch nicht gelungen ist, die optimale Lernbefähigung jedes Einzelnen, sein Recht auf Bildung, mit unseren bisherigen Instrumenten und Strategien hinreichend zu verwirklichen. Wir stehen, ähnlich wie zu Zeiten des von Picht ausgerufenen »Bildungsnotstands«, an einer »Bruchstelle«, die Veränderungsnotwendigkeiten markiert. Im internationalen Wettbewerb und gegen den demographischen Schrumpfungsprozess werden wir uns nur durch zunehmend »wissensbasierte« Produkte und Dienstleistungen behaupten können. Die hierfür notwendigen Innovationen sind ohne steigende Investition in Forschung und Entwicklung sowie höhere Bildungsqualifikationen nicht erwartbar.

Die Fachkräftelücke

Anders als in den 1960er Jahren, der Zeit von Wachstum und geburtenstarken Jahrgängen, leben wir inzwischen in einer alternden und von Geburtenrückgängen gezeichneten Gesellschaft. Immer weniger Erwerbstätige müssen für die Finanzierung unserer gesellschaftlichen Leistungen aufkommen. Weder unsere Arbeitsproduktivität noch unser Bildungskapital sind dem – nach heutigem Stand – gewachsen. Wir werden die Quote der Erwerbstätigen erhöhen, länger arbeiten und den Wert unserer Arbeit steigern müssen. Das ist ein Gebot der wirtschaftlichen Vernunft wie auch der sozialen und der Generationengerechtigkeit. Wie sonst wollen wir künftig staatliche Leistungen finanzieren?

Wir werden überdies unsere im Vergleich immer noch zu starren Bildungsstrukturen durchlässiger machen müssen, denn wir haben nicht nur zu wenige Erwerbstätige, sondern vor allem auch zu wenig akademisch Qualifizierte, die für innovative Märkte und eine höhere Wertschöpfung dringend gebraucht werden. Selbst das eher bescheidene Wachstum der letzten Jahre werden wir nur mit einer höheren Zahl an Akademikern erzielen können.

Denn auch das deutsche Wachstumsmodell steht an einer »Bruchstelle«: Nennenswerte Produktivitätssteigerungen sind nicht mehr wie in den vergangenen Jahren vorrangig über die Rationalisierung bestehender Strukturen zu erzielen; Produktivitätsgewinne werden wir in Zukunft mehr als heute über gesteigerte Innovationen erzielen müssen. Dafür braucht es besser gebildete und höher qualifizierte Mitarbeiter. Hier hat die deutsche Wirtschaft in den letzten Jahren zu wenig investiert und damit ebenso zu ihrer Innovationsschwäche beigetragen wie der Reformstau in unserem Bildungswesen: Der Abstand zu anderen Ländern hat sich besonders bei den akademisch Qualifizierten vergrößert und damit eine Fachkräftelücke entstehen lassen. Während sich die Zahl der im Tertiärbereich Studierenden seit 1995 im OECD-Mittel um 41% erhöht hat, können wir in Deutschland nur eine Steigerung um 5% verzeichnen, in den Ingenieurwissenschaften ist damit nicht einmal der Bestand zu sichern. Der hier berechnete und als volkswirtschaftlicher Verlust bezifferte Engpass an Fachkräften, vor dem wir heute besonders in den wissensintensiven Branchen stehen, ist ohne erhebliche gesteigerte Bildungsanstrengungen, die alle Qualifikationen und Bildungsabschlüsse auf ein höheres Niveau heben, nicht zu beheben.

Bildungsallianzen

Was bisher in den »zwei Kulturen« des Pädagogischen und des Ökonomischen getrennt gedacht und gefordert wird, muss in den Reformanstrengungen unseres Bildungswesens an entscheidenden Schnittstellen übersetzt und zusammengeführt werden. Neue Allianzen sind zu schaffen: Deshalb haben sich für diese Studie zum »Zukunftsvermögen Bildung« die Robert Bosch Stiftung und die Top-Management Beratung McKinsey zusammengesetzt. Die einen haben Expertise in der Frage, was gute Bildung auszeichnet, die anderen in der Analyse von wirtschaftlichen Entwicklungen. Sprache, Prioritätensetzungen und Reformvorschläge mögen stellenweise differieren, aber gemeinsam teilen wir die Überzeugung, dass über unsere gesellschaftliche Zukunftsbefähigung im Bildungswesen entschieden wird, ihre Bewährungsprobe muss sie auf dem (Arbeits-)Markt bestehen.

Wer sich weigert, »Bildung« als volkswirtschaftliches »Vermögen« zu sehen, wird die ihr zukommende strategische Bedeutung, besonders in einer alternden Volkswirtschaft, mit schwachem Wachstum, nicht begreifen. Sie ist im Kontext der globalen und nationalen Veränderungen unser wichtigstes Zukunftskapital. Wenn wir hier nicht investieren und die fällige Optimierung und Modernisierung unseres Bildungswesens vorantreiben, werden wir auf Vieles verzichten müssen, was uns heute selbstverständlich zur Verfügung steht. Wohlstandsverluste bedrohen immer auch die soziale Gerechtigkeit und gefährden damit das demokratische Fundament.

Um Missverständnissen vorzubeugen: Bildungsreformen nur am Arbeitsmarkt auszurichten, wäre kurzfristig – was heute notwendig ist, reicht morgen nicht hin. Das Ziel von Bildung weist immer über Beschäftigungsfähigkeit hinaus. Sie aber ohne Rücksicht auf die in der Welt der Arbeit erforderlichen Kompetenzen zu denken, wäre verantwortungslos. Sowohl in der Wirtschaft wie in unserem Bildungswesen müssen die Weichen neu gestellt werden, um Zukunftsbefähigung durch höhere Qualifizierung zu erlangen. Die Wirtschaft braucht sie, um die derzeit schon spürbare Fachkräftelücke schließen, Innovationsfähigkeit erlangen und sich die aussichtsreicheren Zukunftsmärkte erobern zu können; unser Bildungssystem braucht sie, um das demokratische Versprechen einzulösen, keinen Lernenden ohne jenes Zukunftsvermögen aus seinen Einrichtungen zu entlassen, das ihn befähigt, mit dem schnellen Wandel an Lebens- und Arbeitsverhältnissen selbstbestimmt umgehen zu können.

Auch zu Zeiten Wilhelm von Humboldts griffen Reformen in beiden Welten ineinander. Als er sein Amt antrat, befand sich Preußen in einer tiefen Krise: Die Staatskasse war leer, die Hälfte seines Staatsgebietes musste es nach der Niederlage gegen Napoleon an Frankreich abtreten; England war es wirtschaftlich unterlegen. Und doch musste sich das Land modernisieren. Das Kernstück der preußischen Reformen, die das Land erneuerten, war eine umfassende Bildungsreform. Binnen weniger Jahrzehnte lebten in Preußen so viele des Lesens, Schreibens und Rechnens kundige Bürger wie in kaum einem anderen europäischen Staat. Die von Humboldt geschaffene Universität wurde weltweit zum Maßstab und verschaffte der deutschen Wissenschaft bis ins 20. Jahrhundert eine Vormachtstellung. Preußen prosperierte.

Die Herausforderungen, vor denen wir heute stehen, sind andere als zu Zeiten einer ständisch verkrusteten Gesellschaft – der Auftrag aber ist geblieben: die Lernenden zu verantwortlichen, selbstständigen Staatsbürgern zu bilden, um das Land wieder zukunftsfähig zu machen. Unter den Bedingungen der Moderne müssen wir das Reformprogramm fortschreiben. Das heißt: Bildungswege individualisieren, um keinen durch mangelnde Förderung zurückzulassen, mehr Durchlässigkeit zugunsten von mehr Bildungsmobilität schaffen und das Personal an unseren Bildungseinrichtungen den neuen Aufgaben entsprechend professionalisieren.

Pädagogischer Paradigmenwechsel

Wollen wir in Qualität und Erfolgen unseres Bildungswesens den Standards des 21. Jahrhunderts gerecht werden, kommen wir nicht umhin, entscheidende Paradigmenwechsel einzuleiten. Mit den hier skizzierten Stichworten – Individualisierung, Durchlässigkeit und Professionalisierung – gilt es, Abschied zu nehmen von manchen herkömmlichen Vorstellungen, die das Bildungsgeschehen bei uns bis heute prägen: vom »Durchschnittsschüler«, von homogenen Lerngemeinschaften, vom Lehrer als Einzelkämpfer, von früher Auslese, starren Verwaltungsvorschriften, von abgeschotteten Teilsystemen unseres Bildungswesens, insbesondere der immer noch dem 19. Jahrhundert verhafteten Vorstellung einer grundsätzlichen Trennung von allgemeiner und beruflicher Bildung, die eine praxisferne Allgemeinbildung und eine bildungsferne Praxis der Berufsbildung begünstigt hat.

Moderne Bildungssysteme werden selbst zum Motor für Entwicklung und Innovation. Auch wir werden künftig unsere öffentliche Bildungseinrichtungen nach Prinzipien organisieren und gestalten müssen, die in anderen Lebensbereichen unserer Gesellschaft längst selbstverständlich sind und sich erfolgreich bewährt haben: Ja, Schüler und Studenten sind »Bildungskunden«, um die zu werben und deren Nachfrage bestmöglich zu befriedigen ist. Kontinuierliche Professionalisierung des zuständigen Personals, das dieses Unternehmen steuert und seine gesetzten Ziele erreichen soll, ist dafür erforderlich. Dazu gehört auch, Bildungserfolge zu honorieren und schlechte Schulen zu sanktionieren. Und die starren Strukturen unseres Bildungswesens müssen sich weiter öffnen, in vielen anderen Ländern sind auch Qualifikationen, nicht ausschließlich Abschlüsse anrechenbar: Der Kunde will »nachrüsten« können – so wie man einen alten durch einen energieeffizienteren Kessel ersetzen kann, ohne gleich die gesamte Heizungsanlage erneuern zu müssen.

Wir müssen – von Beginn des Bildungsweges an – viel stärker individuelle Lernpfade in unserem pädagogischen Denken und Handeln in den Blick nehmen, sowohl in den diagnostischen Instrumenten, die es dafür zu entwickeln gilt, wie auch in den Lernangeboten, die wir den Starken wie den Schwachen zur Verfügung stellen. Das verlangt einen Professionalisierungsschub des Lehr- und vor allem des Leitungspersonals an den Bildungsinstitutionen, mehr autonome Entscheidungen, aber auch verpflichtende Fort- und Weiterbildung und Rechenschaftslegung. Ferner muss für eine wesentlich dichtere Verzahnung zwischen allen Bildungseinrichtungen, vertikal wie horizontal, gesorgt werden, um besonders an den Übergängen mehr Durchlässigkeit für die kontinuierliche Fortschreibung individueller Bildungsbiographien der Lernenden zu schaffen.

Der Wandel lohnt sich – etliche von der Robert Bosch Stiftung ausgezeichnete »gute Schulen«, die ihn bereits eingeleitet haben, zeigen, dass damit nicht nur bessere und gerechtere Bildungserfolge erzielt werden, sondern alle Beteiligten durch mehr Zufriedenheit, Entlastung und Engagement davon profitieren.

Wandel umsetzen

Wir möchten in dieser Studie den Wandel nicht nur fordern, sondern auch durch erfolgreiche Umsetzungsbeispiele befördern: »best practices«, von denen wir lernen können, wie andere Länder – früher als wir – neue Weichenstellungen vorgenommen haben.

Die Rollen und damit die Fähigkeiten aller am Bildungsprozess beteiligten Akteure werden sich im Zuge des Paradigmenwechsels ändern – das Kapitel »Schulleiter professionalisieren« zeigt, dass eine um Managementfähigkeiten aufgestockte Lehr-tätigkeit für diese Profession nicht ausreichend ist; Schulleitung wird ein eigenständiger Beruf, für den neue Kompetenzen und Eignung – Führungsqualität – gefordert sind, damit ein lernendes System entsteht. Andere, wie die österreichische »Leadership Academy« und das britische »National College of School Leadership« machen vor, wie diese Aufgaben zu meistern sind.

Dass solche Reformen auch in bildungsföderalistischen Strukturen bundesweit verpflichtend umgesetzt werden können, zeigt das Beispiel »Schweiz: Wandel des Schulmanagements«: Reformen müssen »Sinn machen«, ihr Nutzen und ihre Vorteile überzeugend kommuniziert werden und für alle Beteiligten erkennbar sein. Verwaltungen werden dabei daran zu messen sein, wie effizient sie Bildungsinstitutionen beim Erreichen vereinbarter Ziele unterstützen können.

Einen anderen Weg ist Großbritannien gegangen: »Instruction to deliver« hieß die unmissverständliche Aufforderung des ehemaligen Premierministers Tony Blair, der mit klar vorgegebenen Kennzahlen und Controlling-Maßnahmen eine zügige Anhebung des Bildungsniveaus im breiten Mittelfeld mit deutlichen sozialpräventiven Erfolgen »von oben« durchsetzte. Für Blair waren Bildungsfragen wohlstandsentscheidend, besonders angesichts der zunehmenden Konkurrenz durch die asiatischen Staaten.

Beide Beispiele veranschaulichen – bei unterschiedlicher Vorgehensweise –, wie in einem schwerfälligen öffentlichen Sektor neue Weichenstellungen herbeigeführt werden können; beide teilen die Grundprämisse, dass die entscheidende Ressource für nachhaltige Reformen der gemeinsame politische Wille aller Parteien ist, damit diese auch Legislaturperioden und Machtwechsel überstehen.

Auf der Agenda

Die in Deutschland anstehenden Aufgaben können hier nur angedeutet, ihre erfolgreiche Bearbeitung mit Beispielen aus anderen Ländern angeregt werden. Es braucht seine Zeit, bis sich Bildungsgewinne »materialisieren«, gleichzeitig lässt der demographische Wandel das verfügbare Zeitfenster beständig kleiner werden. In anderen Worten: Über die Möglichkeit, welchen Wachstumspfad wir einschlagen können, wird nicht in einigen Jahren, sondern heute entschieden. Dafür allerdings ist sowohl eine arbeitsmarkt- wie auch eine bildungspolitische Offensive geboten.

»Wie wir mehr Fachkräfte gewinnen« benennt den durch die Politik steuerbaren Reformbedarf und die Investitionen, die erforderlich sind, um durch eine höhere Mobilisierung von Erwerbstätigen unsere wirtschaftlichen Wachstumsaussichten zu verbessern. Unser veraltetes Steuersystem fördert durch das Ehegattensplitting den Rückzug von Frauen aus dem Erwerbsleben und benachteiligt Familien, in denen beide Elternteile arbeiten; der Mangel an flexiblen Einrichtungen der Kinderbetreuung ist mitverantwortlich dafür, dass Frauen hierzulande Familie und Beruf eher sequenziell statt parallel vereinbaren; im Wettbewerb um qualifizierte Migrantinnen sind wir aufgrund starrer Vorschriften für dauerhafte Aufenthaltsbewilligungen der internationalen Konkurrenz hoffnungslos unterlegen. Dabei brauchen wir sie, um die Fachkräftelücke zu schließen, die heute schon in einigen Branchen zur Wachstumsbremse wird – am deutlichsten in den »wissensbasierten« Industrien: Ohne ein steigendes Potenzial an Akademikern und Facharbeitern werden wir die höhere Wachstumsraten versprechenden Zukunftsmärkte nicht erobern.

Kurzfristig können wir dabei nur auf das Reservoir beruflich bereits Qualifizierter zurückgreifen, denen seit einigen Jahren schon die Möglichkeit des Hochschulzugangs

offensteht. Eine Erhöhung der Studierendenquote ließe sich hier am wirksamsten durch eine stärkere Durchlässigkeit zum Hochschulstudium erzielen. Das Gegenteil aber ist der Fall: Die Immobilität hat zugenommen, der Anteil der beruflich qualifizierten Studienanfänger ist in den letzten Jahren gesunken. Warum nehmen – trotz der Aussicht auf höheres Einkommen und größere Arbeitsplatzsicherheit, besonders in den späten Berufsjahren – nicht mehr Berufstätige die ihnen gebotene Chance wahr? »Facharbeiter akademisch qualifizieren« analysiert die Hindernisse und unterbreitet Vorschläge, wie wir Anreize zur Erhöhung der Quote schaffen und mehr Durchlässigkeit zwischen Berufs- und Hochschulbildung erzielen können.

Die Modernisierung unseres Arbeitsmarktes verlangt nach einer Überwindung des traditionellen deutschen »Bildungsschismas« (Martin Baethge) zwischen allgemeiner und beruflicher Bildung, das sich einer Zeit verdankt, als die Industrie noch keine akademischen Qualifikationen brauchte. Längst aber hat sich ein sozioökonomischer Strukturwandel vollzogen, in dem diese Trennung sich zunehmend als Achillesferse unseres Bildungssystems erweist.

Zukunftsvermögen

An solchen Stellen Geld und Ideen zu investieren, zahlt sich aus: Die Szenarien von McKinsey rechnen uns die Höhe der notwendigen »Bildungsausgaben und ihre Rendite« vor. Sie zeigen: »Bildungskosten« sind keine Kosten, sondern eine Investition in die Zukunft, die sich für den Einzelnen, für die Unternehmen, für den Staat und die Sozialkassen rechnet. Immer mehr Eltern in Deutschland sind auch bereit, in die Bildungsqualität ihrer Kinder viel Geld zu investieren. Die Gesamtausgaben für Nachhilfe zeigen das ebenso wie die zunehmenden Auslandsaufenthalte von Gymnasiasten, die trotz erheblicher Kosten vermehrt als Ergänzung einer rein nationalen Schulkarriere nachgefragt werden.

Aber nicht alle Bürger verfügen über die privaten Mittel, um verstärkt in das Bildungsvermögen ihrer Kinder zu investieren. Hier ist die Verantwortung des Staates gefordert. Andere europäische Länder haben dementsprechend längst umgedacht und ihre Bildungsinvestitionen erhöht, aber auch Vereinbarungen der Sozialpartner ermöglicht, die diese mit in die Verpflichtung für eine höhere Qualifizierung von Erwerbstätigen einbinden. Auch bei uns ist das verstärkte Engagement von Unternehmen gefordert – sie profitieren von mehr Höherqualifizierten, an denen sie ein vitales wirtschaftliches Interesse haben; nachahmenswerte Beispiele für diese Wahrnehmung von Verantwortung gibt es. Und die Hochschulen könnten sich – dem Vorbild anderer Länder folgend – noch viel stärker beruflich Qualifizierten ohne herkömmliche Studienberechtigung öffnen, um ihnen durch Mentoring und Tutoring zu einem Studienerfolg zu verhelfen.

Die Politik ist gefordert, den Wandel voranzutreiben, seine Umsetzung durch geeignete Instrumente und die Einrichtung entsprechender Scharniere zu fördern und so breiteren Bevölkerungsgruppen die Möglichkeit zu eröffnen, ein höheres Bildungsvermögen zu erwerben. Am Anfang, das zeigen alle hier versammelten Beispiele anderer Länder, steht der unbedingte Wille zur Reform. In einer Demokratie obliegt dieser nicht nur den politischen Entscheidungsträgern. Er fordert die Beteiligung und damit

auch die Verantwortlichkeit aller ein. Die »Bruchstellen«, vor denen wir heute – wirtschafts- wie bildungspolitisch – stehen, machen ein Umdenken nötig: Wir müssen begreifen, dass Bildung sich auszahlt. Mit ihr erwerben wir Zukunftsvermögen. Zukunft wird uns nicht geschenkt. Wir können sie nur erobern. »Zukunftsvermögen Bildung« möchte zu einem solchen Aufbruch anstiften.

Dr. Ingrid Hamm

Geschäftsführerin, Robert Bosch Stiftung

Nelson Killius

Principal, McKinsey & Company